

An:

Christian Lindner, Bundesminister der Finanzen
Wilhelmstr. 97
10117 Berlin

**Betreff: Bedenken und Empfehlungen bezüglich der sich verschlechternden
Schuldensituation in afrikanischen Ländern und der Rolle des Privatsektors – Treffen
der Finanzministerinnen und Finanzminister der G7 und Afrikas in Washington**

27 September 2022

Sehr geehrter Herr Finanzminister,

anlässlich des Treffens der G7 und der afrikanischen Finanzministerinnen und Finanzminister unter deutscher Präsidentschaft im Oktober 2022 am Rande der Tagung von IWF und Weltbank in Washington wenden sich die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen an Sie und äußern ihre Besorgnis über die äußerst schwierige Verschuldungssituation in vielen afrikanischen Ländern angesichts zahlreicher Krisen sowie über das Fehlen entschlossener politischer Maßnahmen zur Lösung von Schuldenkrisen.

Die derzeitige Krise wurde durch die Covid-19-Pandemie beschleunigt, hat sich durch den Ukraine-Russland-Krieg verschärft und wird durch den Klimanotstand noch verlängert. 23 afrikanische Länder sind im Februar 2022 entweder in Zahlungsschwierigkeiten oder von solchen bedroht. Diese Situation wird wahrscheinlich dazu führen, dass mindestens 20 Millionen Menschen mehr in extremer Armut leben werden, wenn die 16 überschuldungsgefährdetsten Länder Afrikas in eine Schuldenkrise geraten. Die untragbare Last des Schuldendienstes wird die afrikanischen Länder allein im Jahr 2022 schätzungsweise 64 Milliarden Dollar kosten, fast das Doppelte der finanziellen Entwicklungszusammenarbeit, welche die Region erhält.¹

Unter den Ländern, die am stärksten der Gefahr der Überschuldung ausgesetzt sind, gibt es sowohl Länder, die für das *Common Framework* der G20 qualifiziert sind, als auch solche, die davon ausgeschlossen sind. Wir sind besorgt darüber, dass der langsame Fortschritt und die Unsicherheiten des *Common Framework* Länder, die für Umschuldungsverhandlungen in diesem Rahmen in Frage kommen, dazu veranlasst haben, diese trotz der drohenden Schuldenkrise und der negativen Folgen für das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen nicht in Anspruch zu nehmen. Kritisch verschuldete Länder können es sich nicht leisten, „geduldig“ zu sein, bis das *Common Framework* für sie an Bedeutung gewinnt. Die Neugestaltung von multilateralen Entschuldungsverfahren wird von entscheidender Bedeutung sein, um den schuldengeplagten afrikanischen Ländern den Übergang zu einer mittel- bis langfristig tragfähigen Verschuldung zu ermöglichen.²

¹ <https://www.one.org/afrika/issues/covid-19-tracker/explore-debt/>

² This includes reinstating an improved DSSI and reconfiguring the Common Framework, see <https://www.afdb.org/en/documents/african-economic-outlook-2022>.

Während eine der Prioritäten des *Finance Track* der G7 unter deutschem Vorsitz darin besteht, nachhaltige Entschuldung für kritisch verschuldete Länder zu erreichen und die Umsetzung des *Common Framework* der G20 zu verbessern, bedauern wir zutiefst, dass das Treffen der G7-Finanzministerinnen und -Finanzminister im Mai und der G7-Gipfel der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs im Juni nicht für ernsthafte und umfassende Diskussionen darüber genutzt wurden, wie Umschuldungsprozesse einschließlich des *Common Framework* verbessert werden können. Während das Kommuniqué der G7-Finanzministerinnen und -Finanzminister vom 19. Mai 2022 die Dringlichkeit anerkennt, den multilateralen Rahmen für Umschuldungen zu verbessern, sehen wir mit Sorge, dass keine konkreten Maßnahmen, die in der Macht der G7 stehen, ergriffen wurden, und gleichzeitig Appelle zur Beteiligung des Privatsektors an Umschuldungen nur wiederholt wurden, ohne dass es eine Reforminitiative gab.

Moralische Appelle an private Gläubiger, sich an der Krisenbewältigung zu beteiligen, waren bisher nicht erfolgreich. Das beweist auch die Geschichte: In den letzten 30 Jahren wurden private Gläubiger in der Regel zuerst bezahlt und haben weniger Geld verloren als öffentliche Gläubiger. Seit der Pandemie haben private Gläubiger immer wieder das Argument vorgebracht, dass ein Schuldenerlass letztlich nicht im Interesse des Schuldnerlandes liege, da dieses dadurch den Zugang zu neuen Mitteln auf dem Kapitalmarkt verlieren würde. Empirisch gesehen ist dies jedoch nicht der Fall.

Riskante private Kreditvergaben mit Steuergeldern nachträglich abzusichern, liegt nicht im Interesse der G7-Länder. Eine große Zahl privater Gläubigerinstitutionen hat ihren Sitz in westlichen Ländern, und eine große Zahl von Verträgen – darunter praktisch alle internationalen Anleiheverträge – unterliegt englischem oder New Yorker Recht.³ Daher haben die G7-Mitglieder sowohl die Möglichkeit als auch die Verantwortung, sich auf Maßnahmen zu einigen, die die Einbeziehung privater Gläubiger gewährleisten. Es ist bedauerlich, dass die Gelegenheiten während der deutschen G7-Präsidentschaft bisher nicht zu konkreten Initiativen geführt haben.

Bereits 2020 gab es Forderungen und Vorschläge von Entscheidungsträgerinnen und -trägern im Globalen Süden für Elemente einer neuen globalen Finanzarchitektur: vom [ghanaischen Finanzminister Ken Ofori-Atta](#) im Jahr 2020 über das [UNECA-Kommuniqué der Afrikanischen Minister für Finanzen, Planung und wirtschaftliche Entwicklung](#) bis hin zur [Marrakech-Erklärung der afrikanischen Gouverneure von IWF und Weltbank](#) im Jahr 2022, in denen Reformen zur Schaffung von mehr Vertrauen in Umschuldungsverhandlungen und ein Fahrplan für einen raschen und umfassenden Schuldenerlass gefordert werden. Wir sehen das Treffen der G7 und der afrikanischen Finanzministerinnen und Finanzminister als eine Gelegenheit für die G7, ihren Worten Taten folgen zu lassen und die afrikanischen Länder als [Entscheidungsträger](#) in die Neugestaltung der internationalen Schuldenarchitektur einzubeziehen, wie dies von der [afrikanischen Zivilgesellschaft wiederholt](#) gefordert wurde.

Wir, die Unterzeichner, fordern daher die deutsche G7-Präsidentschaft und die G7-Finanzministerinnen und Finanzminister auf, Folgendes zu tun:

- Die G7 sollte auf dem Treffen koordinierte gesetzgeberische Maßnahmen ankündigen, um sicherzustellen, dass sich Gläubiger, deren Forderungen unter das Recht der G7-Länder fallen, an international vereinbarten Schuldenerlassmechanismen, einschließlich des *Common Framework*, beteiligen. Alle G7-Mitglieder sollten sich auf eine Reihe ähnlicher rechtlicher Bestimmungen einigen, die gewährleisten, dass private Kreditgeber nicht die Gerichte der G7-Länder nutzen können, um international

³ <https://www.imf.org/~media/Files/Publications/PP/2017/pp113017third-progress-report-on-cacs.ashx>

vereinbarte Schuldenerleichterungen zu untergraben. Nationale Gesetzgebung ist eine wichtige Option für die G7-Mitglieder, die globale Finanzarchitektur zu reformieren. Die G7 würde dadurch auch den anderen G20-Mitgliedern zeigen, dass die G7-Staaten willens und in der Lage sind, Druck auf die in ihren Ländern ansässigen Gläubiger auszuüben, damit diese sich an einem Schuldenerlass beteiligen, und so die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass andere G20-Mitglieder Verbesserungen des *Common Framework* zustimmen werden.

- Die G7 soll eine umfassende zwischenstaatliche Diskussion über das *Common Framework* und weitere notwendige Reformen in der internationalen Schuldenarchitektur unterstützen und fördern. Dies steht auch im Einklang mit der Forderung des IWF, Optionen für einen „global kooperativen Ansatz“ auszuloten, der auch auf die Bedürfnisse des breiteren Spektrums kritisch verschuldeter Länder, die nicht für das *Common Framework* qualifiziert sind, abgestimmt wäre, sowie mit der Forderung des UN-Generalsekretärs nach Maßnahmen zur sofortigen Schuldenerleichterung und langfristigen Schuldenfähigkeit. Die G7 unter deutschem Vorsitz sollte die Initiativen und Vorschläge der kritisch verschuldeten Länder selbst aufgreifen und aktiv den Dialog über die Gestaltung eines „global kooperativen Ansatzes“ mit den Betroffenen suchen.
- Die G7 soll sicherstellen, dass nicht die Schuldnerländer sanktioniert werden, wenn die Verhandlungen der G20 über das *Common Framework* nicht schnell genug zu Ergebnissen führen, z. B. durch Zurückhalten der Auszahlung von IWF-Mitteln oder anderer Überbrückungsfinanzierungen, wenn die mangelnden Fortschritte bei Umschuldungsverhandlungen auf ein unkooperatives Verhalten der Gläubigerseite zurückzuführen sind. Die G7-Staaten sollten sich innerhalb des IWF dafür einsetzen, dass die Kreditvergabe-Politik bei Zahlungsausfällen (sogenannte *Lending-into-Arrears-Policy*) proaktiver eingesetzt wird und sie selbst sollten den Schuldner politisch und finanziell dabei unterstützen, die Zahlungen an unkooperative Gläubiger einzustellen, damit der Druck auf die (nicht) teilnehmenden Gläubiger erhöht wird, sich konstruktiv an den Umschuldungsverhandlungen zu beteiligen. Anstatt nur spezifische Zeit- und Leitlinien für das *Common Framework* zu erörtern, sollte die G7 sich dafür einsetzen, dass transparent klargelegt wird, welche Konsequenzen Gläubiger zu fürchten haben, sollten sie den Umschuldungsprozess verzögern.

Wir würden uns freuen, wenn Sie auf unsere Bedenken und Empfehlungen eingehen würden.

Mit freundlichen Grüßen,

Die unterzeichnenden Organisationen

1. African Sovereign Debt Justice Network (AfSDJN)
2. African Forum and Network on Debt and Development (AFRODAD)
3. erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V. (Jubilee Germany)
4. Debt Justice UK
5. European Network on Debt and Development (EURODAD)
6. Jubilee USA Network
7. German NGO Forum on Environment and Development
8. Action for Southern Africa (ACTSA), UK
9. Global Policy Forum
10. Indienhilfe e.V., Germany
11. Jubilee Scotland, UK

12. Christian Aid, UK
13. Ghana Freundeskreis e.V., Germany
14. Gender and Development Network (GADN), UK
15. Oxfam International
16. MISEREOR, German Catholic Bishops' Organisation for Development Cooperation
17. Arbeitskreis Eine Welt/REL - Gemeindeparterschaft in der Einen Welt, Germany
18. CAFOD, UK
19. Tanzania Coalition on Debt and Development (TCDD)
20. The International Trade Union Confederation-Africa (ITUC-Africa)
21. Africa Development Interchange Network (ADIN)
22. Tax Justice Network Africa (TJNA)
23. African Parliamentary Network on Illicit Financial Flows and Tax (APNIFFT)
24. Zimbabwe Coalition on Debt and Development (ZIMCODD)
25. Southern African People's Solidarity Network (SAPSN)
26. African Network for Environment and Economic Justice (ANEEJ)
27. Transparency International-Zimbabwe Chapter (TI-Z)
28. Southern and Eastern Africa Trade Information and Negotiation Institute (SEATINI)
Uganda
29. The Nawi Collective
30. Trust Africa
31. New York Communities for Change
32. Social Justice in Global Development, Germany
33. Dillinger Franziskanerinnen, Deutsche Provinz
34. Bond, UK (British Overseas NGOs for Development)
35. Koordinierungskreis Mosambik (KKM), Germany
36. Malawi Economic Justice Network (MEJN)
37. The Initiative for Social and Economic Rights (ISER) - Uganda
38. East African Tax and Governance Network (EATGN)
39. Institute for Economic Justice (IEJ)
40. Africa Centre for People Institutions and Society (ACEPIS)
41. Centre for Trade Policy and Development (CTPD) Zambia
42. Zambia Civil Society Debt Alliance
43. Brot für die Welt (Bread for the World), Germany
44. Institut SÜDWIND, Germany
45. Public Services International (PSI)Africa and Arab Country Region
46. Oxfam in Kenya
47. Mission EineWelt, Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evang.-
Luth. Kirche in Bayern
48. Plateforme Française Dette et Développement (PFDD), France
49. North-East Affected Area Development Society (NEADS)
50. CROCHET, Chad
51. Le Laboratoire de recherches économiques et monétaires (LAREM), Senegal
52. Center for Popular Democracy (CPD), USA

Kontaktperson

Kristina Rehbein, Politische Koordination und Geschäftsführung erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V. (Jubilee Germany)

Carl-Mosterts-Platz 1

40477 Düsseldorf

Deutschland

k.rehbein@erlassjahr.de

+49 211 4693 218